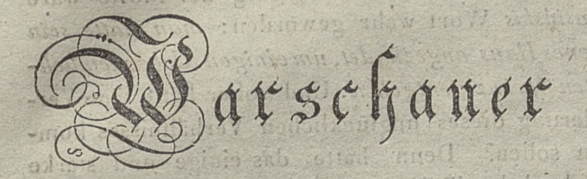
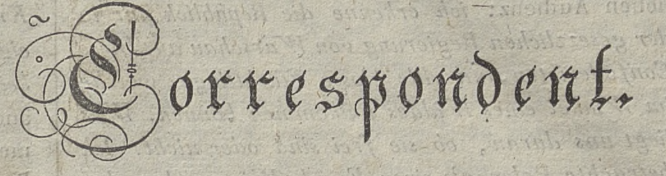
Nro 20. DONNERSTAG den 13. MÆRTZ 1834.







Von dieser Zeitung erscheinen wöchentlich zwey Nummern, Montag und Donnerstag Mittag. Monatlicher Pränumerationspreis im Orte 3 Gulden poln. Auswärtige können auf allen Postämtern und Poststationen vierteljährig für 12 Gulden 18 gr. poln. pränumeriren.

POLENS
LEZTES TRIENNIUM,
OCTOBER 1830 — 1833.

(Fortsezzung).

Die Pforte hatte einen langen Frieden genossen, seit dem *Belgrader* Frieden hatte sie gute Zeit gehabt, sowohl in finanzieller wie militairischer Rücksicht neue und starke Kräfte zu sammeln. Weder den spanischen Erbfolge- noch den siebenjährigen Krieg hatte sie zu benuzzen verstanden. Ihre innere Ohnmächtigkeit legte sich in dieser äusseren Unthätigkeit zu Tage. Der Krieg mit Persien, welchen sie in dieser Periode führte, machte sie nicht geschickter, den europäischen Grossmächten sieghalten Obstand zu leisten. Der Schrecken »vor dem Türken" war im Abendlande verschwunden und seiner, wurde nicht mehr in Verbindung mit Pestilenz und theuerer Zeit gedacht. Russland und Preussen waren sowohl in materieller als moralischer Hinsicht als zwei neue Grossmächte ins europäische Staatensystem getreten, während die Türkei an politischem Ansehn immer mehr gesunken war. Die Verwirrung, welche die alleinige Persönlichkeit *Karls* XII. in der Türkei hervorgerufen hatte, zeigte, noch mehr als der Frieden am Pruth, die ganze Morschheit des osmanischen Staaten-Gebäudes. Allerdings drängte sich jedem besonnenen Beobachter die Nothwendigkeit auf, dass die Türkei eilen musste, durch einen neuen Krieg auch in neue Spannkraft sich zu sezzen und diese mit der äussersten Anstrengung zu unterstüzzen, um einen siegreichen Erfolg davon erwarten zu können. Es musste der Erfolg durchaus glücklich sein, theils um die innere Ermuthigung unter den Türken zu erhalten und die alten Erinnerungen dadurch wieder zu erwekken, theils aber auch um die politische Bedeutung des türkischen Reiches im Abendlande aufs neue zu gründen. Auf diese Nothwendigkeit hatte der Bischof von Kamieniec seine ganze Hoffnung und Berechnung gestützt. Er wusste sehr wohl, dass nach dem Ausspruch von *Maleszewski* die Türken «wie eine Horde geblieben wären, welche nichts vorher zu sehen und nichts zu organisiren verständen." Nichtsdestoweniger bemühte er sich, vor Ausbruch der Barer Conföderation, in Konstantinopel zu Gunsten der Republick Verbindungen anzuknüpfen. Sein späterer Ausspruch: «die Türken herbeizuziehn heisse nichts anderes, als das eigene Haus anzünden" beweisst, dass in seinen Planen keine Allianz zwischen der Republick und der Türkei lag, sondern dass er einen Krieg zwischen der Türkei und Russland *ohne* stipulirte Allianz der Republick mit der Türkei wünschte, und die Theilnahme der Republick an jenem Krieg nur als eine politische Diversion gegen Russland angesehen und gehalten wissen wollte. Mit Recht traute er den Gesinnungen des Divans nicht und erwartete er den Sieg für die ottomanische Armee nur aus der Diversion der Republick, die in einem wohl vorbereiteten gleichzeitigen und gesammten Aufstande derselben gegen Russland bestehen sollte. *Krasińskis* Plane scheiterten, wie gesagt, durchaus an dem Erscheinen der Barer Conföderation, welche sich sofort um die Allianz der Türkei bemühte und dieselbe endlich auch durch den französischen Einfluss in Konstantinopel erhielt. Doch kaum war die Allianz geschlossen, so war auch schon ihr ganzer Zweck, der eines *siegreichen* Krieges, verfehlt. Der Divan betrachtete den Krieg gegen Russland (welcher am 4 October 1768 erklärt wurde) immer nur in Hinsicht Polens; eine Ansicht, welche das Gesuch der Barer Conföderation veranlasst hatte. Durch diese Ansicht verleitet, musste der Türkei jener Krieg mehr in einem fremden als in dem eigenen Interesse begonnen erscheinen. Die Folge davon war natürlich die Uneinigkeit des Divans selbst und die Nachlässigkeit und Saumseligkeit, mit welcher die Zurüstungen und die Feindseligkeiten betrieben wurden. Dazu kam das Unglück der Conföderirten, in welchem sie gleich anfänglich auf das türkische Gebiet hinübergeworfen und von ihren heimischen Verbindungen abgeschnitten wurden. Dieses Unglück der Conföderation war so wenig geeignet, den Muth der türkischen Armee wie das Vertrauen des Divans zu seinem neuen Verbündeten zu heben. Die Erklärung Mehemet Emins: *ich werde gehen, um einige «polnische" Provinzen zu*

erobern, beweisst, dass man das Interesse der Pforte an jenem Krieg weniger in der Unterstüzzung der Republick als in einer gelegenheitlichen Vergrösserung des türkischen Reiches in Konstantinopel fand. Diese Ansicht wird noch durch andere Aeusserungen des Grosswesirs bestätigt. Der türkische Minister erklärte den Conföderirten in einer öffentlichen Audienz: *ich erkenne die Republick nur in der gesezzlichen Regierung von Warschau an. Diese Conföderirten sind Alle blosse Flüchtlinge, welche im Winkel eines Waldes umkommen können. Was liegt uns daran, ob sie frei sind oder nicht. Ich betrachte Polen als einen Feind. Wir werden aber diesen Conföderirten hier Gnade gewähren, weil sie die traurigen Opfer des Unverstandes, der Thorheit und Schwäche sind. Glauben sie, dass wir unsere Geschichte nicht kennen, so mögen sie erfahren, dass sich die Pforte wohl erinnert, öfters Ursache gehabt zu haben über Polen zu klagen. Und wisst ihr wohl* — schloss der Grosswesir, indem er sich zu seinen Paschas wandte — *was diese Leute ihre Freiheit nennen? das Recht ohne Gesezze zu leben.*"

Das Unglück der Pforte in diesem Kriege ist bekannt. Dichter haben ihn zur Ehre Russlands besungen, Maler verewigt. Das Geschenk, was der Grossherr an dreihundert Beuteln den Conföderirten zustellen liess, war ein armer Ersatz für den Verlust, welchen die Conföderation durch das Unglück der Türkei erlitt. Mit Hass und Feindschaft wurden die Anführer der Conföderation behandelt, von der türkischen Armee und dem Kriegstheater entfernt gehalten und ihre Dienstesleistungen von den Türken vergessen. Natürlich musste das Unglück des Alliirten auf den Verbündeten übergehen. Der erzwungene Frieden der Türkei (so spät er immer auch erfolgen mochte) musste die Auflösung der Conföderation zur Folge haben. Hätte Polen nach dem Plan des Bischofs von Kamieniec bei *Gelegenheit* des türkisch russischen Krieges *für sich allein* operirt, mit allen seinen Kräften, so hätte es auch immer ein anderes Resultat erreicht. Lezteres hätte es aber nur dann vermocht, wenn es in Haupt und Gliedern einig, in Meinung und Entschluss einstimmig gewesen wäre. Dieses war jedoch nicht der Fall, wie wir gezeigt haben, und eben die wesentlichste, wenn nicht die alleinige, Ursache von Russlands saatsrechtlicher Einmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten. Jene Diversion war daher faktisch unmöglich, weil sie es moralisch war. *Krasińskis* Rechnung war ohne den Wirth gemacht und unter den damaligen bestehenden Umständen ein reines Phantom.

Eine andere praktische Frage drängt sich weiter bei jener Allianz der Barer Conföderation mit der Türkei dem unparteiischen Politiker auf. Diejenige nemlich nach dem Resultat, wenn in jenem russisch-türkisch-conföderirten Kriege die *türkischen* Waffen siegreich gewesen wären? Alle polnischen Geschichtsschreiber jener Epoche stimmen in der Meinung vollkommen überein, dass der Sieg der türkischen Armee für die poln. Republick lediglich nur das grösste Unglück zur Folge gehabt haben würde. Das mildeste Resultat für Polen wäre in diesem Fall dasjenige gewesen, dass die Republick wenn nicht der hohen Pforte tributär, so doch immer in vasallenmässiges Verhältniss zu ihr gekommen wäre. Durch den Sieg der Pforte wäre *Krasińskis* Wort wahr geworden: *man hätte sein eigenes Haus angezündet, um einigen Unbequemlichkeiten darin zu entgehen*: Und woher hätte eine Veränderung dieses unglücklichen Verhältnisses kommen sollen? Denn hätte das einige und starke Russland der Türkei nicht *siegreichen* Widerstand leisten können, wie hätte man solches von der uneinigen, zerrissenen und ohnmächtigen Republick erwarten wollen? Oesterreich war im Innern, und späterhin durch den belgischen Aufstand, hinreichend beschäftigt; auch wiess sein folgender türkischer Krieg nur ein fast fortwährendes Unglück für seine Waffen aus. *Choiseul* verlor bald seinen Plaz und das friedliebende Ministerium des Herzogs von *Aiguillon* hätte wahrlich wegen der polnischen Republick keinen Krieg mit der Türkei begonnen. England und Preussen noch weniger. England nicht, weil der Krieg zwischen der Türkei und Russland wider seinen Willen von den Conföderirten angefacht worden war. Und Preussen nicht, theils wegen seiner geographischen Lage zur Türkei, theils auch wegen der Verachtung, mit welcher Friedrich II. auf die Republick herabsah. Polen hätte daher das türkische Joch tragen müssen, so lange bis es nicht Russland von demselben befreite. Die russische Allianz musste folgleich durch Polen wieder aufgerufen werden, so wie die Türkei in jenem Kriege siegte; d. h. mit anderen Worten der status quo der Republick musste wiederhergestellt werden, welcher durch den Sieg der Türken so unheilvoll für die Republick unterbrochen gewesen wäre. (*Fortsezzung folgt.*)

POLITISCHE LITTERATUR.

(*Beschluss.*)

Hinsichtlich der Journalistik schliesst der Verfasser des Promemorias seine Ansicht in folgenden Worten ein: ich kenne gar wohl die Maxime, dass alles nicht in die Augen springend Gefährliche mit verachtendem Stillschweigen zu übergehen seye; allein ich anerkenne diese Maxime nicht als die richtige. Alles, was durch den Druck der Oeffentlichkeit übergeben ist, muss meines Dafürhaltens von der Regierung berücksichtigt werden; es wird nur allzu leicht sonst das juristische Sprichwort angewendet: *qui tacet consentire videtur*; oder wer schweigt, fühlt, dass er Unrecht hat. Diese Urtheile, so falsch und gehaltlos sie immer sein mögen, schaden den respectiven höchsten Regierungen immer. Dieser Schaden aber kann abgewendet werden, wenn rechtliche, einsichtsvolle Männer, in wohlfeilen Journalen, die nicht in blos für den Gebildeten tauglicher Sprache, sondern allgemein

verständlich abgefasst sind, die bestehenden Regierungen gegenüber der revolutionairen Tendenz mit wahrer Liebe für das wirkliche Wohl des Volks vertheidigen."

Ueber die Universitäten verbreitet sich der Verf. am längsten, indem er aber nur die Universität Freiburg ins Auge nimmt. Die Hauptgebrechen der meisten Universitäten unterscheidet er in objective und subjective. Die ersteren in der Verwaltung des Universitäts-Vermögens, welches er nur unter die Vorsorge der Regierung mit Ausschluss der Professoren gestellt wissen will; dann in der Ausübung der privilegirten Gerichtsbarkeit, welche er auf allen deutschen Universitäten aufgehoben sehen will und endlich in der Erfüllung der Dienstpflicht von den Professoren. Hier klagt der Verfasser besonders über die Trägheit und Nachlässigkeit, mit welchen die Professoren ihre Kollegien halten. Es heisst im Promemoria: wenn Professoren wie zur Zeit unserer Pressfreiheit in den Kollegien Zeitungsartikel fertigen oder redigiren, wass soll man dann noch von der Pflichtvernachlässigung dieser Männer sagen! Der hohe Congress reformire hier in capite, die Glieder (die Akademiker) werden sich dann bald wieder finden; die Mehrzahl unserer Jugend ist gut von Hause aus, wenn man sie nur so liesse, wenn man sie durch gutes Beispiel zum Fleisse aufmunterte. — Die subjectiven Gebrechen findet der Verf. in der Stellung der Professoren zur Curatie und Landesregierung, wobei der Verfasser mit Recht dagegen besonders eifert, dass es dem einzelnen Professor nicht zustehen dürfe, sich einen Staat im Staate zu bilden; ferner in der Stellung der Professoren zu den Studenten, in welcher er den Gewinn der Professoren aus den Collegien-Geldern und ihre desfalsige Abhängigkeit von den Studenten (so dass die Zeugnisse der Professoren fast allen Glauben verloren hätten) gebührend tadelt; und endlich in der Stellung der Studenten untereinander.

Von den Volksversammlungen sagt der Verfasser: „Wenn es den Heroen des Liberalismus beliebte, eine Volksversammlung auszuschreiben, um in glänzenden Reden ihre Berühmtheit zu steigern, und hierauf in den selbstgefertigten Zeitungsartikeln mit eigens fabricirten Einschaltungen von Bravo's der ganzen Welt die Lorbeern vorzuweisen, so bestand die ganze Versammlung aus den Wortführern, zu Ferien geneigten Akademikern und den Bewohnern der nahen Städte und Städtchen; diese und nur diese nahmen aktiven Antheil an den in der Versammlung zur Sprache gebrachten Gegenständen; was vom Landvolk dabei war, konnte und wollte nichts anderes als die Neugierde befriedigen, und sehen, nicht einmal hören, wie die Stadtleute sich lustig machen. So war es in ganz Baden."

ZEITUNGS NACHRICHTEN.

Wien den 22 Febr. Der «Oesterr. Beobachter» bringt Folgendes: Die «Tribune» vom 12 Febr. enthält einen langen Artikel, dessen Zweck die Widerlegung der von *Royer-Collard* ausgesprochenen Behauptung ist: dass der Einführung einer Republik in Frankreich die ehemaligen und die heutigen Republikaner im Wege stehen."— Gegen diese Behauptung spricht sich das *republikanische Amtsblatt* sehr herb aus. «Was steht" fragt dasselbe, «der Republik im Wege? Die Republikaner der Vergangenheit? Haben denn diese die Ereignisse geschaffen; mussten sie selbe nicht vielmehr ertragen? Sind bei diesen Ereignissen diejenigen für nichts zu zählen, welche Unordnung und Aufregung im Innern des Staates anfachten; jene, welche in geheimen Verbindungen und in Klubs gegen die Revolution konspirirten..... welche in der schrecklichen Krisis, in der sich die abgehetzte Republik befand, geheime Einverständnisse mit dem Königthume unterhielten und die so harten Kämpfe mit dem Auslande durch den nicht minder erbitterten Kampf der Leidenschaften im Innern erschwerten u. s. w." Allerdings haben die eben bezeichneten Elemente dieselbe Rolle in diesem Kampfe gespielt, wie bei allen Staatsumwälzungen. Ergibt sich aber aus den Thatsachen, gegen welche die «Tribune" eifert, nicht der Beweis, dass keine Regierung unter Bedingungen sich denken lässt, welche ihrem Leben widerstreben, dass sich, wo geheime Verbindungen bestehen, und Konspirationen aller Art Duldung und Straflosigkeit geniessen, die Republik eben so wenig als die Monarchie erhalten könne, und dass unter diesen Voraussetzungen *alle* Regierungsformen einer gränzenlosen Anarchie das Feld räumen müssen? Aus dem Artikel der «Tribune" lässt sich jedoch noch die weitere logische Folgerung ziehen, dass, wenn die republikanische Partei jemals den Sieg in Frankreich erringen sollte, die erste von ihr zu ergreifenden Massregeln die Aufhebung der Klubs und eine schonungslose Bekämpfung aller gegen die neue Regierungsform gerichteten Konspirationen seyn würden. Wenn sich gegen einen solchen Entschluss, vom Standpunkte des Interesse der Erhaltung der Republik aus, abermals nichts einwenden lässt, so fordert es doch gleichzeitig die Billigkeit, dass es den monarchischen Regierungen auch frei stehen müsse, über die zu ihrer Erhaltung und Sicherstellung dienenden Mittel mit sich zu Rathe zu gehen. Wir hegen einige Zweifel, dass die «Tribune" diesen Satz in seiner Anwendung gut zu heissen bereit seyn dürfte!

— *Wien den 26 Februar.* Der »Oesterr. Beob." enthält Folgendes: Die »Tribune" vom 15 Februar liefert unter der Rubrik »Nachrichten aus Savoyen" einen langen Artikel, den sie aus der zu *Genf* erscheinenden *Europe centrale* entlehnt. — Dieser Aufsatz gibt Kunde von einem Streite, der sich zwischen dem Obergenerale des neuerlich gegen Savoyen gerichteten Unternehmens und der von ihm angeführten Rotte erhoben hat. Der Anführer weis't in einem langen, in der Lausanner Zeitung erschienenen Schreiben den Vorwurf von sich ab,

als habe er sich eines *Verrathes* schuldig gemacht; ein Theilnehmer an der Expedition antwortete auf dieses Schreiben, wiederholt die Anklage und sucht sie mit neuen Gründen zu unterstützen. Die »Europe centrale" pflichtet der Anklage bei, und da die »Tribune" den Artikel ohne weitere Gegenbemerkung in ihr Blatt aufgenommen hat, scheint es, dass sie derselben Meinung huldige. In diesen Streit hat sich wahrlich kein ehrlicher Mann zu mischen; es ist die natürliche Folge des Misslingens eines verbrecherischen Unternehmens, welches, wie alle Unternehmungen solcher Art, wenn sie missglücken, mit Streit und gegenseitiger Anfeindung der Theilhaber endete. Da es jedoch erlaubt ist, eine Meinung, selbst über Dinge der abgeschmacktesten Art, auszusprechen, so gestehen wir unverholen, dass wir weit geneigter sind, dem Beklagten, als dessen Ankläger Recht zu geben. Dass *Romarino* an der schlechten Sache, die er zu befördern sich anheischig gemacht hatte, keinen geflissentlichen Verrath beging, diess glauben wir recht aufrichtig. Gilt es, ein Urtheil über einen Abenteurer, wie Romarino, zu fällen, so muss man stets, als die Grundlage aller Berechnungen, dessen Profit in Anschlag bringen. In dem vorliegenden Falle nun wäre derselbe schwer in einer andern Richtung als in der zu suchen, dass er seinen Kopf bei einem Unternehmen nicht aufs Spiel setzen wollte, wo der gänzliche Mangel an Theilnahme von Seite des savoyischen Volkes ihm durch die That erwiesen war. Aus den Geständnissen der streitenden Parteien ergehen jedoch abermalige Beweise, wie tief das Unternehmen angelegt war. Es ist in den Anschuldigungen gegen Romarino die Rede von *heranziehenden Kolonnen*, welche sich in verschiedenen Richtungen an die *Befreiungsarmee* anschliessen sollten, und nur durch den schnellen Rückzug des bereits eingedrungenen Heeres an ihrem Erscheinen gehindert worden seyen. Der Ankläger Romarino schliesst sein langes Faktum mit den Worten: «Die Geschichte hat kein zweites Beispiel einer Truppe aufzuweisen, welche in dem Zweck, sich zu schlagen, sich freiwillig gebildet hatte; welche einen rühmlich bekannten Anführer wählte, der auch den Oberbefehl, nachdem er die Lage der Dinge vollständig kannte, übernahm; welche Truppe sodann, unter einem so gestellten Anführer, statt einem Feinde, der ihr an Zahl nicht überlegen war, entgegenzugehen, und statt sich zu schlagen und bis auf den letzten Mann auszuharren, sich zurückzog, ohne selbst einen Feind gesehen zu haben!" Könnte Romarino seine Vertheidigung nicht mit einigem Rechte auf die Erwiederung beschränken, dass er sich zurückzog, weil die von ihm befehligte Bande *auf keinen Freund* gestossen ist?

— Die *O. P. A. Z.* schreibt: Man scheint sich nun über den Orient verständigt, und alle Parteien sich zum Abwarten entschlossen zu haben, weil keine Rede mehr von neuern englischen und französischen Reklamationen ist, und die Lage der Pforte jetzt für weit günstiger als früher gehalten wird. Es war auch eine ungewöhnliche, und durch das Völkerrecht nicht begründete Prätension, über Verträge eines Dritten aburtheilen zu wollen und die Konvention mit dem Sultan als *non avenue* zu erklären, weil sie den Ministern in London nicht gefiel. Auf diese Weise wären alle Verträge ungültig, denn immer wird eine oder die andere Stipulation Andern missfallen. In Paris scheint man zuerst gefühlt zu haben, dass es unpassend sey, sich so in fremde Dinge zu mischen, und peremtorisch die Vernichtung des Traktats vom 8 Juli zu verlangen. Die von dem dortigen russischen Botschafter gegebenen Aufschlüsse reichten hin das franz. Kabinet zu beruhigen, und den gemachten Anforderungen keine weitere Folge zu geben. In London zeigte man sich hartnäckiger, und Lord *Palmerston* beharrte lange bei den gebräuchlichen Redensarten von seiner Verantwortlichkeit gegen das Parlament u.; indessen endigte er doch damit, sein Unrecht stillschweigend anzuerkennen und kein weiteres Aufsehen zu machen. Die englische und französische Nation könnten sich glücklich schätzen, wenn die übrigen Angelegenheiten Europa's so ruhig geregelt wären, als die der Pforte. Man würde bessern Muthes in London und Paris seyn, wären die spanischen und portugiesischen Wirren durch einen Traktat zu schlichten. Dort reicht man aber mit Protestationen nicht aus, und die Entfernung des Hrn v. *Zea* aus dem Ministerium, beweis't hinlänglich, worauf die Mouvementpartei in der Halbinsel es abgesehen hat, und was von dort aus zu erwarten ist.

— *Brüssel den 28 Febr.* In der Sitzung der *Repräsentanten-Kammer* von 25sten d. kam bei Berathung des Budgets des Ministers des Innern das Kapitel zur Sprache, welches eine Summe von 50,000 Fr. zur Bestreitung der Kosten für die Festlichkeiten an den September-Tagen festsetzt. Herr *Gendebien* gab bei dieser Gelegenheit folgende merkwürdige Erklärung ab: «Jene Festlichkeiten sind für mich kein Gegenstand der Freude mehr; man freut sich jetzt nirgends mehr, und was mich betrifft, so bedaure ich täglich unsern September-Sieg. Ich erkläre laut, dass ich mich schäme, mit zu demselben beigetragen zu haben. Unsere Revolution ist der Spott Europa's geworden, nicht, weil sie nicht gesiegt hätte, sondern, weil sie ihre Bestimmung ganz und gar verändert hat. Unsere Revolution ist gegenwärtig ein Gegenstand der Trauer für viele Bürger, und sie wird den Untergang des Landes herbeiführen, wenn die Regierung ihr Verfahren nicht ändert. Ich bereue es, dass ich an jenen Tagen Theil genommen habe, und ich wünschte, dass ich die vier letzten Jahre aus meinem Leben streichen könnte." Diese Worte brachten eine grosse Aufregung in der Kammer hervor, und gaben zu einer Entgegnung des *Ministers des Innern* Anlass, der seinen Schmerz darüber zu erkennen gab, dass ein so ehrenwerther Bürger, wie Herr Gendebien, es bedaure, dass die September-Tage statgefunden hätten, und zu bedenken gab, welch' ein Triumph eine solche Erklärung für die Feinde der bestehenden Ordnung der Dinge seyn müsse. Nach einer lebhaften Erwiederung des Herrn Gendebien, der wiederholte, dass er das vergossene Blut bedaure, da es nichts als den Untergang des Handels und die Schande des Landes zur Folge gehabt habe, wurde die beantragte Summe bewilligt.

Redacteur Dr. Goldmann.